

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1847

23.12.1847 (No. 351)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 23. Dezember.

N. 351.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 fr. und 4 fl. 15 fr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Petitzelle oder deren Raum 4 fr. Briefe und Gelber frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1847.

Karlsruhe, 22. Dezember.

Seine königliche Hoheit der Großherzog sind heute Nachmittag um 5 Uhr von Mannheim hierher zurückgekehrt.

Uebersicht.

Oesterreich und die Schweiz.

Deutschland. Vom Oberrhein (über Volkstaler). Stuttgart (die württembergischen Briefe in der Deutschen Zeitung). Kassel (Unterfuchung gegen Bürgermeister Wipperfurth). Hamburg (die freie Gemeinde). Kiel (Eisenbahnen; streitige Interessen). Berlin (die Hochschule; verurtheilter Selbstmord; Geh. Hofrath Bedde; das Domfest in Köln; Ausstellung zum Besten des Friedr. Schlegel; neue Schrift; Prof. Schlegel). Düsseldorf (Nordbat). Wien (diplomatische Sendungen; die turkische Frage). Von der Donau (die badische Ehrenrede; Gang der schweizerischen Verwicklung; die Cholera).

Schweiz. Aus dem nördlichen Jura (die Kriegskosten; Alt-Schultzeis Kopp in Luzern).

Italien. Rom (deutsche Stiftungen).

Frankreich. Paris (eine Kabinettsfrage gestellt; die Gläubiger Spaniens; Dr. v. Larocque-Jacquelin; Vörsenbericht; ein Aufstand in Griechenland).

Oesterreich und die Schweiz.

Der Oesterreichische Beobachter bringt in Bezug auf die Erwiderungsnote der schweizerischen Tagsatzung (f. Nr. 338 der Karlsr. Z.) einen Artikel, welcher die Bedeutung zu haben scheint, die von Oesterreich in dieser Angelegenheit beabsichtigte Politik anzudeuten. Die Allgemeine Zeitung, welche vorläufig einen Auszug daraus mittheilt, neigt sich sogar zu der Ansicht, daß er fast einer Kriegserklärung ähnlich sehe. Der Artikel selbst, den wir dem Oesterreichischen Beobachter entnehmen, lautet vollständig, wie folgt:

„Die Antwort, welche die radikale Mehrheit der Tagsatzung auf die gleichlautenden Noten der Höfe zu Wien, Berlin, und Paris unter dem 7. Dezember zu ertheilen für gut gefunden, läßt sich ihrem wesentlichen Inhalte nach auf folgende Punkte zurückführen: 1) Der Krieg, mit welchem die sieben Kantone des Sonderbundes überzogen wurden, war kein Bürgerkrieg, sondern die Exekution eines von der rechtmäßigen Zentralregierung der Schweiz innerhalb der Grenzen ihrer Befugnisse gefassten Beschlusses, der dagegen versuchte Widerstand unzweifelhaft eine Rebellion. 2) Dieser Krieg hat auch bereits sein Ende erreicht, und mit ihm ist jedwede, auch noch so entfernte Veranlassung zu jener Vermittlung beseitigt, von welcher die gleichlautenden Noten der Mächte sprechen. 3) Selbst hiervon abgesehen, muß sich die Schweiz (oder, wie die Antwort der radikalen Kantone zu sagen liebt, die schweizerische Nation) im Interesse ihrer Unabhängigkeit gegen jedwede Einmischung in ihre innern Angelegenheiten um so mehr verwahren, als ihr Verhalten gegen das Ausland zu einem Einschreiten fremder Mächte keinerlei Grund oder Vorwand geboten hat.

Diese Beweisführung der radikalen Kantone ist schlagend und bündig, freilich aber nur für jene, welche die der jetzigen Lage der Dinge vorübergehenden Thatsachen entweder wirklich nicht kennen, oder davon keine Kenntniss nehmen wollen. Vom Standpunkte der geschichtlichen Wahrheit und des europäischen Völkerrechts aus können aber der obigen radikalen Darstellung gegenüber einige Gründe geltend gemacht werden, welche außer dem Faktum auch das natürliche Rechtsgefühl und die einfache Logik jedes ehrlichen Mannes zu Bundesgenossen haben dürften.

Die Eidgenossenschaft ist nicht eine „eine und untheilbare Republik“, die Tagsatzung keine Zentralregierung. Wenn sich davon überzeugen will, heherzige die Gründe, mit welchen vor wenigen Jahren noch die jetzigen radikalen Sieger die Kantonsouveränität vertheidigten, als es sich um die Vollziehung des von der damaligen Mehrheit gefassten Tagsatzungsbeschlusses handelte, welcher Wiederherstellung der Aargauer Klöster befahl. Dieser damalige Beschluß war wirklich legal, und innerhalb der Grenzen der Kompetenz der Bundesbehörde gefast; denn ein Artikel des Bundesvertrags hatte den Bestand jener Klöster ausdrücklich verbürgt. Ihre Aufhebung war mithin ein Raub und ein Bundesbruch zugleich. Dennoch ist auf Seiten des Radikalismus von Gehorsam gegen die Tagsatzung und von Vollziehung jenes Beschlusses nie die Rede gewesen.

Umgekehrt war der nunmehr thatsächlich beendigte Krieg der radikalen Mehrheit gegen die zu gemeinsamer Nothwehr verbündeten katholischen Kantone nicht bloß ein Bürgerkrieg, er war ein ungerechtes, widersinniges Attentat gegen die Existenz der Eidgenossenschaft. Nachdem durch zwei von den radikalen Mittständen geduldete, begünstigte, unterstützte Freischaarenzüge der Friede an den katholischen Kantonen auf eine allem Rechts- und Sittlichkeitsgefühl Hohn sprechende Weise gebrochen war, und nur ein seltener Glücksfall Luzern zweimal vor der Raube moderner Vandalenhorben gerettet hatte, schlossen sieben der bedrohten souveränen Kantone einen Bund, — nicht etwa, um den Eidbruch treulofer Verbündeten zu rächen, sondern um sich selbst

und Weib und Kind und Leben und Eigenthum gegen die Erneuerung von Angriffen zu schützen, deren eingeständener Zweck Umsturz und Vernichtung der bestehenden politischen und kirchlichen Verfassung der katholischen Kantone, deren Mittel Raub, Brand, Mordmord, und Landzwang waren. Gegen so maßloses Unrecht und unmenschliche Gewalt erlaubt das natürliche Gesetz der Gerechtigkeit unter allen Umständen Vorkehrungen zur Abwehr und zum Selbstschutze zu treffen. Aber eben diese Vorkehrungen sind es, welche von denen, die den Frieden wieder und immer wieder gebrochen, und dadurch die Nothwehr der Bedrohten selbst am einleuchtendsten gerechtfertigt haben, den bedrohten und vergewaltigten sieben Kantonen heute zum Verbrechen angerechnet werden.

In der That war das Recht der sieben Stände so klar und einleuchtend, daß der Zwölferbund daran denken mußte, irgendwelchen Fanatismus in seinen Sold zu nehmen, um mit dessen Hilfe die Stimme des Gewissens und der ruhigen Ueberlegung in den Massen zu ersticken. Dazu diente die auf Erregung des Religionshasses berechnete Jesuitenfrage. Wer ist heute noch kurzichtig oder leidenschaftlich genug, zu glauben, daß die durch keinerlei auffallende neuere Vorgänge motivirte Vertreibung der seit einem Menschenalter in der katholischen Schweiz ansässigen Jesuiten der Zweck der Schilderhebung gewesen sey? Sie war ein Mittel, und sollte es seyn, die Widerstand leistenden zu theilen, die wohlgeimten und redlichen Leute in beiden Konfessionen auseinander zu halten, die jenem Orden abgeneigte Tagesmeinungen zum Bundesgenossen zu werden. Dieser Zweck ist in der That bei der großen, mit geringer Unterscheidungskraft und desto größerer Gedankenlosigkeit begabten Masse nur allzu wohl erreicht. Das Feldgeschrei: nieder mit den Jesuiten! that seine Wirkung, und nur bei der kleinern Zahl der bessern Köpfe ist ohne Unterschied der sonstigen konfessionellen Ueberzeugung als günstiger Rückschlag die Einsicht reif geworden, daß es hier auf Günst oder Haß, auf Neigung oder Abneigung, auf vortheilhafte oder nachtheilige Privatmeinungen in Betreff der Jesuiten gar nicht ankomme. Nicht davon war die Rede, was von der Gesellschaft Jesu und ihrer Befähigung oder Unbefähigkeit zu Erziehung oder Seelsorge, von ihrem günstigen oder nachtheiligen Einflusse auf die Jugend und das Volk in unserer Zeit zu halten sey? Hierüber sind die Meinungen getheilt, und es ist nicht die Aufgabe der Gegenwart, diesen Streit zu schlichten. Der Fall, um den es sich handelte, war einfach folgender. Ein souveräner Staat hat, von einer günstigen Meinung in Betreff der Jesuiten geleitet, sie berufen, und ihnen die Anlegung von Unterrichtsanstalten und die Ausübung geistlicher Funktionen auf seinem Gebiete gestattet. Weiter gehen auch die Beschwerden von Seiten der radikalen Kantone in Betreff der Jesuiten weder gegen Luzern, noch gegen die übrigen verbündeten Kantone. Ist jene Thatsache ein in völkerrechtlicher Beziehung genügender Grund, den Krieg zu rechtfertigen, der jetzt so eben durch die Uebermacht der radikalen Angreifer beendet ist?

Dies und Dies allein ist die Frage. Und daß sie es ist, kann die unleugbare Thatsache erklären, daß auch Solche, welche nichts weniger als Sympathien für den verfolgten Orden fühlen, heute mit großer Entschiedenheit auf die Seite der Urtschweiz treten, nicht weil sie ihre Meinung über die Jesuiten geändert, sondern weil sie dort in der Person der katholischen Kantone die natürlichen Rechte jedweder Souveränität durch die Feinde aller Ordnung und alles Rechtes mit rohem Uebermuthe zertreten und mißhandelt sehen. Wohin würde die Zivilisation unseres Jahrhunderts gerathen, wenn die gegen irgend einen souveränen Staat geschleuberte Anklage auf Jesuitismus genügen sollte, jedweden radikalen Angriff zu rechtfertigen, den Widerstand zu einem Verbrechen zu stempeln, diejenigen, die ihr Recht vertheidigten, für außerhalb des Gesetzes zu erklären! Gingen solche Attentate den Führern des Radikalismus straflos hin, gewänne die dem Haupte der Schweizer Radikalen einströmende neue völkerrechtliche Theorie festen Grund und Boden in Europa, bewährte sie sich, verbrüder mit den Besirebungen des Kommunismus, mit Helm und Schwerd zur gewaltthätigen praktischen Durchführung ihrer Doctrinen, auch dem Auslande gegenüber, dann würde dem heutigen Kriege zur Ausbreitung der öffentlichen Jesuiten vielleicht morgen schon ein Freischaarenzug zur Verfolgung der (angeblich) geheimen folgen, und bald genug würde das Hallali gegen die Krypto-Jesuiten hinter allen Katholiken und Protestanten erschallen, die etwa verdächtig wären, noch an Gott zu glauben. Wo wäre die Gränze? Die Achtung, Verbannung, Austreibung der Krypto-Jesuiten und der des Jesuitismus Verdächtigen könnte, wenn einmal erst der Wahnsinn der radikalen Wiedertäufer unbefritten am Ruder säße, in der That mit nicht geringerem Rechte von allen Gränzgebirgen gefordert werden, wie die Verfolgung der Jesuiten von den Urkantonen. Der Uebergang zu einem radikalen Kreuzzuge gegen alle Fürsten, als politische, und gegen die Reichen als soziale Jesuiten, wäre dann nicht mehr eine Chimäre, er läge in der nothwendigen und naturgemäßen Entwicklung der gesammten Strömung. Dann wäre auch die Zeit nicht mehr fern, wo etwa Dshenben,

Druey, und Mazzini, die nöthige Macht vorausgesetzt, als neuer europäischer Wohlfahrtsausschuß entscheiden könnten, wer irgendwo des Verdachts irgend einer Nuance jesuitischer Gesinnungen verdächtig geworden, und ob seinem Wagniß durch einzelne Assassinen (wie im Venetischen Falle), oder durch Freischaaren, oder durch geregelte Heeresmassen zu begegnen sey.

Ist dies die völkerrechtliche Bedeutung des Krieges gegen die sieben katholischen Kantone, auf dessen angeblühtes Ende die Note der radikalen Kantone mit Jubel und Triumph hindeutet, dann liegt auch die Vermuthung nicht gar zu fern, daß die großen europäischen Mächte in Hinsicht dieses „Endes“ vielleicht anderer Meinung seyn dürften, als der in Bern versammelte Radikalismus. Wie, wenn sie ein durch materielle Uebermacht herbeigeführtes faktisches Gelingen eines Attentats, welches in seinem Prinzip und in seiner Durchführung ein Verbrechen ohne Beispiel gegen das europäische Völkerrecht ist, wie wenn sie dies zwar auch für ein Ende, aber nicht für ein definitives, nicht für ein rechtliches, sondern nur für ein faktisches Ende, oder gar nur für den „Anfang vom Ende“ der Herrschaft einer ganz Europa bedrohenden radikalen Faktion ansähen, welche die Schweiz nur so lange zum Schauplatz ihrer verbrecherischen Untriebe machen kann, als es Oesterreich, Preußen, und Frankreich gefallen wird, ihre Duldung zu erfinden?

Heute brühet sich die radikale Note mit dem guten Empfang, der ihr von ihren Gesinnungsverwandten in den überwundenen Kantonen bereitet worden sey. Aber wenn der Zwölferbund die Waffen niedergelegt, wenn er die katholischen Kantone geräumt, wenn er gegen ähnlichen Landfriedensbruch Sicherheit geleistet haben wird, — dann wird es sich zeigen, ob die Bevölkerung der Urtschweiz diese Gütung von Befreiern wirklich mit so allgemeiner und aufrechter Freude aufgenommen hat, wie die radikale Note versichert.

Es bleibt uns nur noch übrig, jenen Theil derselben, welcher die Einmischung der Großmächte in die inneren Angelegenheiten der Schweiz ablehnt, mit einigen Bemerkungen zu begleiten. Die Note sagt:

Da der Sonderbund ein durch eine ausdrückliche Bestimmung des Bundesvertrages verbotenes Bündniß war, eine die Eidgenossenschaft selbst auflösende Verbindung, so kann er nie als die Gegenpartei der Kantone, welche die Mehrheit der Tagsatzung bilden, angesehen werden; man darf ihn nicht der Eidgenossenschaft entgegenstellen, man kann den sonderbündischen Kriegsrath nicht der eidgenössischen Behörde, noch die Repräsentanten des Sonderbundes den Repräsentanten der Tagsatzung, und weniger noch denen der fünf Mächte gleichstellen; der Präsident des sonderbündischen Kriegsrathes kann oder konnte vielmehr nicht mit dem Präsidenten der Tagsatzung in eine Linie gestellt werden. Wäre dem nicht so, so gäbe es zwei Eidgenossenschaften in der Schweiz, zwei oder mehrere Separatbündnisse, das heißt, es gäbe keine Eidgenossenschaft mehr.

Also der radikale Zwölferbund gegen die katholischen sieben Kantone. Aber wer sieht nicht, daß dessen Rede mit noch größerem Rechte gegen ihn selbst gewendet werden kann? Hat die Tagsatzung, deren heutiger Präsident den Freischaarenzug befehligte, die katholischen Kantone geschätzt, die Friedbrecher gebührend bestraft, Bürgschaften für die Unterlassung ähnlichen Frevels geleistet? Nichts von Dem Allem. Weil die bisherige Eidgenossenschaft sie nicht schätzte, sind die Bedrohten zur Verabredung von Maßregeln für den Fall der Nothwehr gezwungen worden. Und dies Vertheidigungsbündniß sollte verboten und geächtet seyn, die bundbrüchigen Vergewaltiger dagegen als die gesegneten und anerkannten Repräsentanten der Schweiz gelten? Es ist leicht begreiflich, daß die radikale Note Dies wünscht und behauptet, aber es wird den europäischen Großmächten freistehen, einer andern Ueberzeugung zu folgen.

Ist Dies die wahre Lage der Dinge, so ist es nur allzu wahr, was die radikale Note dem Augenschein zum Trost leugnet. Ja, die bisherige Eidgenossenschaft ist in zwei Sonderbünde aufgelöst, einen siegenden und einen besiegten! Daß es der radikale Sonderbund war, der in dem ungleichen Kampfe obsiegte, daß er mit einer Uebermacht von Sechs gegen Eins den katholischen überwältigte, sprengte, zu Boden drückte, und knechtete, Dies ändert Nichts an der rechtlichen Natur der Sache. Jener vollständigen, ganzen, schweizerischen Eidgenossenschaft von 1815 aber, die heute faktisch nicht mehr besteht, war auf dem Wiener Kongresse Neutralität zugesichert. Europa wird jetzt entscheiden, ob und welchem von beiden Elementen, in welche die Schweiz sich auflöst, es dieses politische Vorrecht ferner zu gewähren sich veranlaßt finden wird.“

Deutschland.

Vom Oberrhein, 15. Dez. (Freib. Z.) Unter den verschiedenen eifrigen Bestrebungen, die sich allenthalben für eine tüchtige Volksbildung kundgeben, und bei den mannigfaltigen Wegen und Mitteln, welche man je nach besondern Zwecken wählt, verdienen gewiß die Kalender eine besondere Aufmerksamkeit. Wurde dieser Weg früher nicht immer nach der Anlage, die er bietet, benützt, so dürfte ihn in unserer

Zeit vielleicht der Vorwurf einer zu weiten Benützung treffen, und es ist insbesondere zu bedauern, daß man selbst den Kalendern eine politische Tendenz gibt, um, je nach des Verfassers individueller Anschauung der Zeitverhältnisse, dem Volke für diese oder jene politische Idee Sympathie einzupflanzen. Dies ist aber gewiß kein richtiger Gebrauch, den man von dem schon so lange bestehenden Institute der Kalender macht; die Politik sucht man jetzt in den zur Genüge erscheinenden Tagblättern, und es sind diese Wege jetzt Jedem zugänglich gemacht; die Kalender sollten ihrer früheren Bestimmung, im Volke allgemeine nützliche und praktische Kenntnisse zu verbreiten und zugleich auf allgemeine sittliche Volksbildung hinzuwirken, nicht entzogen werden.

Unter unsern inländischen Kalendern finden wir zu unserer Freude die Tendenz einer praktischen Volksbildung, mit Ausschluß aller politischen Parteizwecke, neben wenigen andern zumal auch in dem Jahre hinkenden Voten. Gute Auswahl der verschiedenen Materien, edle, gemüthliche Behandlung derselben, ungekünstelte, einfach schöne Darstellung charakterisirt die sämmtlichen Mittheilungen, und Manches bietet nicht geringen historischen Werth. Kein Leser wird die im 1848er Jahrgang gegebene historisch-biographische Skizze des ruhmgekrönten deutschen Helden, des verbliebenen Erzherzogs Karl von Oesterreich ohne tiefe patriotische Nahrung lesen; es verdient das Prädikat großer Meisterschaft, auf kaum zwei Seiten und in wenigen Sätzen eine so große und erfolgreiche persönliche Erscheinung in der Geschichte der Neuzeit in einer Weise darzustellen, daß man, wie bei einem gutgelungenen Freskogemälde, mehr sieht, als wirklich nur durch wenige Züge der Zeichnung angedeutet ist.

Stuttgart, 18. Dez. Die „württembergischen Briefe“ der Deutschen Zeitung fahren fort mit ihren Unheilweisungen über unser Land. Der neueste, sechste Brief scheint sich zu wundern, daß trotz dem Propheten der Himmel noch nicht über uns eingefallen ist; er gibt zu, daß der fast erloschene Muth nun wieder aufblühet, da der „verzweifelte Hungerstreik“ gedämpft sey; noch aber herrsche Schrecken und Furcht; so sey es immer vor des „Wechsels Tagen“; die Krisis sey nicht überwunden, nur vertagt.

Ich bin weit entfernt von jenem Optimismus, der Württemberg für ein Schlaraffenland hält, in welchem Milch und Honig fließt; eben so sehr aber muß ich protestiren gegen das, was seiner Verwahrung wider den Pessimismus, überall hervortretende System des Brieffstellers, allgemeine Verhältnisse, die durch die ganze europäische Gesellschaft hindurchgehen, als ausschließlich württembergische darzustellen, und Uebelstände, die in Naturnothwendigkeiten oder allgemeineren politischen Verhältnissen begründet sind, der württembergischen Regierung zur Last zu legen.

Wir wollen nun der langen, furchtbaren Reihe statistischer Angaben etwas näher auf die Finger sehen. Dabei wird sich zeigen, daß hinter dieser Reihe sehr wesentliche Irrthümer und Uebertreibungen stecken.

Wenn der Brieffsteller den jetzigen Betrag der Pensionen mit dem im vorigen Jahrhundert vergleicht, und einen ungeheuren Mehrbetrag findet, so sollte er billig auch den Charakter der jetzigen Verwaltung mit der damaligen vergleichen. Dann würde er finden, daß an die Stelle eines tiefen Korruptionssystems nun in allen Zweigen Durchsichtigkeit und Redlichkeit getreten ist; ein unabsehbarer Gewinn, der mit der Vermehrung der Pensionenlast, durch welche der Beamte ein weniger sorgenvolles Alter und einige Unterstützung ihrer meist mittellosen Hinterbliebenen, auch ohne Geschenke und Unterschleife gesichert ist, sicher nicht zu theuer erkauft wurde.

Was das Budget des Auswärtigen betrifft, so ist mir in den Bemerkungen darüber ganz neu, daß Württemberg Votchschafter in Paris, London, Wien, Petersburg, Berlin, München habe (welche der Brieffsteller durch Geschäftsträger ersetzen will). Das Staats-Handbuch zeigt, daß es bloß außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister sind, — ein sehr bedeutender Unterschied in Betreff der Kosten; auch hat Baden, das hier verglichen wird, an keinem dieser Höfe bloße Geschäftsträger; eben so wenig Sachsen. In Wien und Berlin haben Baden und Sachsen außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, eben so wie Württemberg. In London hat Baden gar keinen diplomatischen Vertreter, Sachsen einen Ministerresidenten, Württemberg zwar einen Gesandten, aber mit verhältnismäßig so geringem Gehalt, daß er kein Haus machen kann, und daher, zumal er meistens in Stuttgart wohnt, auch im übrigen Theil des Jahrs durch den Generalkonsul vertreten werden könnte. In Paris hat Baden einen Ministerresidenten (um eine Stufe höher, als ein Geschäftsträger), Sachsen einen Gesandten. In St. Petersburg ist Sachsen durch einen Ministerresidenten vertreten, Baden gar nicht; daß Württemberg dort einen Gesandten hat, ist Folge der nahen Verwandtschaft der beiden Höfe.

Was das Verhältniß des Kriegsbudgets zum gesammten Ausgabebudget betrifft, so beträgt es allerdings in Württemberg ein Fünftel des letztern; aber auch in Baden ist es nicht bloß $\frac{1}{5}$, sondern ebenfalls etwa $\frac{1}{5}$; von den Einnahmen beträgt das Kriegsbudget in Baden $\frac{1}{6}$; die strenge Sparsamkeit unseres Militärhaushalts ist anerkannt. Die Vorschläge über eine veränderte Formation werden wohl auch auf nächstem Landtag wiederkehren, und könnten allerdings einige Ersparnis bewirken. Die Stelle eines Brigadegenerals z. B. ist, im Frieden wenigstens, so gut als eine Sinecure. Daß aber der Unterhalt der Truppen bei uns weniger kostspielig ist, als in den meisten andern Staaten, ist anerkannt.

Was die Staatseinnahmen betrifft, so ist die Vertheilung der Naturalwirtschaft, so weit sie noch besteht, in der letzten Zeit der Heuerung vielfach gewünscht, ja sehr bedauert worden, daß sie bereits zum großen Theile abgeschafft sey. Daß das Postregal nicht mehr erträgt, liegt an dem leidigen Lebensvertrag mit Paris; aber der Vertrag ist nun einmal da, und läßt sich nicht nur so mit Zeitungssartikeln zernichten. Wenn die Zolleinkünfte geringer sind, als

die Hannovers, so wird das unser Finanzminister wohl sehr bedauern; bekanntlich ist aber Württemberg Glied des Zollvereins, und erhält seine Räte an den gemeinsamen Zolleinkünften nach der vertragsmäßigen Scala; daß wir aber nicht höhere Schutzzölle haben, daran trägt bekanntlich Württemberg nicht die Schuld.

Was uns am meisten noth thut, das ist eine Verminderung der Vieltheilerei und des Vielregierens. Ein Beispiel der ersten nahm kürzlich dieses Blatt aus dem Schwäbischen Merkur auf. Seitenstücke könnten in Menge geliefert werden, besonders aus dem Verhältniß der Residenz zu der Kreisregierung des Neckarkreises, die in dieser Beziehung wenigstens eine unnötige Mittelstelle ist, da alles nur einigermaßen Wichtigere, was die Residenz betrifft, in höchster Instanz immer vom Ministerium des Innern entschieden wird. Auch im Interesse der Handwerker u., die für den Staat arbeiten, wäre eine Verminderung der Schreibereien sehr wünschenswerth, da durch diese Schreibereien die Ausbezahlung des Arbeitsverdienstes häufig auf eine für sie sehr nachtheilige Weise verzögert wird.

Kassel, 18. Dez. (Frankf. Z.) Gegen den Bürgermeister Wippermann ist eine Untersuchung wegen Aufreizung zur Unzufriedenheit mit der Regierung und Beleidigung höherer Staatsbeamten eingeleitet worden. Den Stoff hierzu liefern einige Aufsätze in der Deutschen Zeitung, die von Wippermann abgefaßt seyn sollen. Wippermann war bekanntlich von den Städten Gelnhausen, Bockenheim u. zum Landtags-Abgeordneten gewählt, konnte aber bisher nicht eintreten, weil sein Legitimationszeugniß von der Landtags-Kommission nicht zurückgegeben worden war. Nunmehr werden die genannten Städte abermals eine anderweitige Wahl vorzunehmen haben.

Hamburg, 14. Dez. (Köln. Z.) Die „freie Gemeinde“ hatte dieser Tage ihre Sitzungen gegen Eintrittskarten wieder eröffnen wollen; allein die dazu nachgesuchte polizeiliche Erlaubniß ist nicht gewährt worden, und eben so hat die Zensur keiner Verhandlung darüber, weder für noch wider, das Imprimatur ertheilt. Die Strenge, womit plötzlich verfahren wird, wendet der Sache eine Theilnahme zu, welche sie sonst in keiner Weise würde gefunden haben. Sie war bereits im Lächerlichen untergegangen, und jetzt kommt sie mit einem Male auf den Ruf der verfolgten Gewissensfreiheit wieder in Aufnahme. Seit man die Deutschkatholiken ruhig gewähren läßt, machen sie die wenigsten Proselyten, und Hr. Schulka predigt tauben Ohren.

Uebrigens ist Hamburg für religiöse Schwärmerie und theologische Kämpfe wohl der letzte Ort in Deutschland, weshalb selbst die Enthusiasten für eine hanseatische Universität von vornherein auf die geistliche Fakultät verzichtet hatten. Sonst ist das Projekt wohl ganz begraben und vergessen.

Kiel, 17. Dez. Der hier aus Kopenhagen eingegangene Bericht, daß über die projektirte Lübeck-Altonaer Eisenbahn kein Beschluß gefaßt werden solle, bevor auch die Kieler Stadtbehörden vollständig gehört worden, hat die hiesige Aufregung ziemlich beruhigt, wiewohl damit aber den Ausfall der letzten Entscheidung Nichts bestimmt ist, und man einen derartigen Bescheid wohl ohnehin voraussetzen durfte. Was man aber sehr beklagen muß, ist die bei diesem Anlaß neu erwachte Antipathie zwischen Kiel und Lübeck, ja selbst zwischen Kiel und Altona. Wäre es nicht aus moralisch-politischem Gesichtspunkte allzu traurig, so könnte man nur lächeln über den gegenseitig erhobenen Vorwurf des Egoismus und des Pfahlbürgerthums, wobei jede der amülicirenden Städte vielmehr sich selbst bei der Nase zupfen sollte.

Lübeck sollten die Kieler Pfahlbürger nun vor Allem ungeschoren lassen; denn Lübeck ist in dieser Sache ganz neutral, und läßt Altona den Vorrang. Schon dieser Umstehung in der öffentlichen Meinung Altona's muß bei dem Unparteiischen gerechtes Bedenken erregen. Gegen eine solche direkte Bahn protestirte es noch vor ganz kurzer Zeit aus Leibeskraft. Erst seit Lübeck, zufrieden mit der Böhmer Bahn, die man ihm endlich nicht länger verlagern durfte, jene direkte Bahn fallen ließ, scheint Altona endlich ein Licht aufgegangen zu seyn; erst jetzt, da Lübeck die Sache aufgibt, ist es im Stande, mit Unbefangenheit die Verhältnisse zu überschauen.

Man wird in Kopenhagen den Plan der Altonaer prüfen, für den auch die Kieler Eisenbahn-Beamten sich erklärt haben, die weniger im Pfahlbürgerthum erstarrt waren, und ist auch für den Augenblick die Entscheidung der Regierung ungewiß: — früher oder später wird die innere Nothwendigkeit doch den direkten Eisenbahn-Verkehr zwischen Lübeck und Altona vermitteln. Lübeck kann Dies ruhig abwarten, denn die Böhmer Bahn sichert ihm einen baldigen neuen Aufschwung, und an diesem wird dann auch Altona aus allen Kräften durch eine nähere Verbindung zu partizipiren streben.

Wenn der Egoismus der Städte, der auch sein Gutes hat, und den weder die Moralphilosophie, noch Patriotismus oder Kosmopolitismus jemals gänzlich ausröten werden, für den Wohnort eine Eisenbahn durchzusetzen trachtet, so muß man ihn gewähren lassen, und kann nicht selten die Freude über das erreichte Ziel mit ihm theilen; aber der Patriot wie der Weltbürger müssen sich vereint seinen Bestrebungen widersetzen, wenn diese darauf ausgehen, daß andern Städten nicht gewährt werde, was er für den eigenen Wohnort als einziges Heil in Anspruch nimmt. Denn in diesem Falle wird der Egoismus kleinlich und niedrig, und misachtet die höhern humanen und politischen Zwecke, die den Eisenbahnen erst ihre eigentliche Bedeutung verleihen.

Berlin. Nach dem amtlichen Verzeichniß des Personals und der Studirenden sind in dem laufenden Winterhalbjahr bei der hiesigen Universität 1540 (oder 162 mehr, als im Sommer) immatriculirt. Davon zählte die theologische Fakultät 241 (darunter 73 Ausländer), die juristische 622 (145 Ausl.), die medizinische 232 (62 Ausl.), die philoso-

phische 445 (155 Ausl.). Außerdem nehmen 534 Nicht-immatriculirte an den Vorlesungen Theil, und zwar: 20 noch nicht immatriculirte Studierende, 30 Chirurgen, 172 Pharmazeuten, 72 Jöglinge des Friedrich-Wilhelms-Instituts, 77 der medizinisch-chirurgischen Militärakademie, 133 der allgemeinen Bauerschule, 18 Bergelernen, 6 remunerirte Schüler der Akademie der Künste, 6 der Gärtner-Lehranstalt. Es nehmen folglich überhaupt 2074 Personen an den Vorlesungen Theil.

Berlin, 15. Dez. (Allg. Oberz.) Am heutigen Vormittage hatte ein Beamter aus der Kanzlei eines hiesigen hohen Gerichtshofes beabsichtigt, sich durch einen Pistolenschuß den Tod zu geben. Er erreichte aber nicht seine Absicht, sondern die Kugel verlegte ihn nur so weit, daß er für das ganze Leben durch eine schreckliche Verstümmelung unglücklich und durch den Verlust des Augenlichtes auch der Möglichkeit beraubt ist, sich seinen Unterhalt weiter mit der Feder zu verschaffen.

Berlin, 16. Dez. (Köln. Z.) Der Geh. Hofrath Wedede ist gestern hier in der Hausvogtei verhaftet eingebracht worden. Der Polizeidirektor Dunder war befehls seiner Verhaftung nach Hannover gefandt worden, und hatte dieselbe daselbst am 14. bewirkt. Es fällt dieses Faktum in diesem Augenblicke das Tagesgespräch vornehmlich aus. Personen, welche von der Sachlage genau unterrichtet seyn können, äußern die Meinung, es könne der aus dieser Verhaftung und Untersuchung entspringende Prozeß leicht in mannigfacher Beziehung an jenen berühmten Teste-Cubieres'schen erinnern. Jedenfalls scheint die Verhaftung des Hrn. Wedede in einem engen Zusammenhange mit der neulich vorgenommenen Hausdurchsuchung bei dem Dr. Freyberg und mit dem gleichfalls früher von uns erwähnten Kaufe der v. Windler'schen Güter für das Kron-Fideicommiß zu stehen.

Berlin, 19. Dez. In den von Köln hier anlangenden Briefen, in welchen auf das dort im künftigen Sommer zu veranstaltende großartige Domfest Bezug genommen wird, schmeichelt man sich mit der Hoffnung, daß dasselbe auch durch die Anwesenheit des Papstes Pius verherrlicht werden würde. Wenn man hier auch nicht daran zweifelt, daß auf eine Einladung an den Papst derselbe sich vielleicht durch einen Kardinal oder Nuntius bei dem seltenen Feste vertreten lassen wird, so glaubt man an ein persönliches Erscheinen schon darum nicht, weil bekanntlich die Reisen des Papstes mit außerordentlichen Kosten verknüpft sind, deren Bestreitung auf einer solchen Reise dem Kirchenstaate schwer fallen würde.

Der f. Obermundschent Hr. v. Arnim hat eine Ausstellung zum Besten des hiesigen Friedrichs-Hauses veranstaltet, wozu ihm sowohl von hiesigen bedeutenden Künstlern als auch von Damen der höhern Gesellschaft Gegenstände beigezeichnet worden sind. Diese edeln Bemühungen des Hrn. v. Arnim sind um so mehr hervorzuheben, als der Ertrag für das Friedrichs-Haus wegen mancher werthvollen Gegenstände kein unbedeutender ist.

Von dem Geh. Justizrath und Oberauditeur Fleck sind Erläuterungen zu den Verordnungen über die Ehrengerichte im preussischen Heere und über die Bestrafung der Offiziere wegen Zweikampfs hier herausgegeben.

Der hiesige Künstler Prof. Schlesinger, welcher auf höhere Veranlassung im vorigen Jahre nach Madrid gereist ist, um von einem dortigen großen Raphael'schen Bilde eine Kopie zu machen, wird in diesen Tagen hier zurück erwartet. Auf die von der Hand dieses tüchtigen Künstlers angefertigte Kopie des berühmten Bildes, welche Prof. Schlesinger mitbringen wird, ist die hiesige Kunstwelt sehr gespannt.

Düsseldorf, 19. Dez. (N. u. M. Z.) Die Bewohner unserer Stadt wurden heute Morgen durch die Schreckenskunde von einem in der vergangenen Nacht inmitten des belebtesten Theiles der Stadt mit der größten Frevelhaftigkeit verübten Raubmordes erschüttert. Eine geachtete Frau, Mutter von 11 Kindern, Gattin eines bemittelten Taxators, in dessen Hause die öffentlichen Verkäufe stattfanden, und der ein sehr bedeutendes Kommissionsgeschäft betreibt, wurde heute Morgen in ihrem Bette gebunden und erwürgt gefunden. Geld und sonstige Sachen von Werth waren verschwunden. Der Mann der Unglücklichen war mit einem der Söhne auf einer Reise, von den übrigen Hausbewohnern hat Niemand das Geringste vernommen; ja ein vierjähriges Kind, welches sich in dem Zimmer, wo die Gräueltath geschah, befand, ist aus dem Schlafe nicht erwacht.

Wien, 17. Dez. (Allg. Z.) Die Schweizer Angelegenheiten, welche durch die unvermuthet schnelle Auflösung des Sonderbundes und durch die auf andere Verhältnisse basirten Noten der Mächte, deren Inhalt nothwendig jetzt andere Modifikationen hervorruft, neuerdings komplizirt erscheinen, machen neue Vereinbarungen der Mächte auf kürzestem Wege nöthig. Zu diesem Ende ist der frühere Votchschafter in St. Petersburg, Graf Colloredo, gestern von hier über Berlin nach Paris abgegangen; den gleichen Weg hat General Radowicz den Tag vorher eingeschlagen, nachdem er von der Ansicht des hiesigen Kabinetts und den von hier ausgehenden Schritten auf das genaueste in Kenntniß gesetzt worden, und tägliche Konferenzen mit dem Fürsten-Staatskanzler gehabt hat.

In Bezug auf die Konstitutionsfrage in Kurhessen sind die darüber bezüglich Österreichs verbreiteten Nachrichten in deutschen Blättern reine Fabeln. Die Archive des auswärtigen Amtes in Kassel dürften die schlagendsten Beweise für das diametrale Gegentheil geben.

Von der Donau, 17. Dez. Die badische Thronrede, welche zuerst mit dem „badischen Landtagsboten“ eintraf, (gleich darauf brachte sie der Oesterreichische Beobachter, so wie die Allgemeine Zeitung,) hat allerwärts lebhaftes Interesse erregt. Es ist einer der Irrthümer, welche noch da und dort über Oesterreich verbreitet sind, wenn man glaubt, daß für die Vorgänge konstitutioneller Länder hier

zu Lande weniger Verständnis zu finden sey. Die Verhältnisse in Ungarn bieten in manchen Einzelheiten sogar überraschende politische Vergleichspunkte dar.

Die schweizerische Frage scheint eine ernstere Wendung zu nehmen, als es bisher den Anschein hatte. Indessen darf man nicht außer Acht lassen, wie viel Einfluss erfahrungsmäßig „vollendete Thatsachen“ in diplomatischen Verhandlungen zu üben pflegen. Der zehnte Theil Dessen, was man jetzt vielleicht an Demonstrationen aufzuwenden geneigt ist, hätte vor acht Wochen doppelte und dreifache Wirkung gehabt.

Der Ausbruch der Cholera in Galizien, wovon in mehreren Blättern die Rede war, bestätigt sich nicht. In Konstantinopel tritt die Krankheit, nach Briefen von dort, so auffallend mild auf, daß sie im Großen fast spurlos vorübergeht.

Schweiz.

◇ Aus dem nördlichen Jura, 21. Dez. Am gestrigen Tage hatten bekanntlich die sämtlichen Sonderbunds-kantone eine Million Schweizer Franken als Kriegsteuer der Tagelagerung zu entrichten; wir haben aber allen Grund, anzunehmen, daß dieser Termin verfallen ist, ohne daß dieselben der gestellten Forderung genügen konnten. Diese Zahlungszögerung hat ihren einfachen und natürlichen Grund in der ziemlich großen Schwierigkeit, mit der in diesem Augenblick überhaupt, namentlich aber von den so eigenthümlich beumfändeten zahlungspflichtigen Kantonen, Geld erhältlich ist; ein Umstand, der für dieselben um so unangenehmer seyn muß, als für sie wenig Hoffnung vorhanden ist, ihrer drückenden militärischen Besetzung ledig zu werden, bevor die besagte Million in der eidgenössischen Kriegskasse liegt. Zum Ruhme muß es dem Oberbefehlshaber Dufour nachgesagt werden, daß derselbe allen Gebrauch von seiner hohen und einflussreichen Stellung macht, um den besetzten Kantonen ihre drückende Last zu erleichtern. Wenn nun in den nächsten Tagen eine abermalige Verminderung der Besatzungstruppen erfolgen wird, so hat man diese Maßregel vorzugsweise dem General zuzuschreiben.

Seit vorgestern besitzt der Kanton Luzern eine neue Regierung, und es ist eine selbstverständliche Sache, daß der Große Rath lauter liberale Mitglieder in dieselbe gewählt hat. An der Spitze dieser Regierung steht Hr. Alt-Schultheiß Kopp, ein Mann von mäßigen Grundfätzen, und deshalb bei den Ultraradikalen nicht sonderlich in Gunsten. Unter den obwaltenden Umständen hätte wohl keine bessere Wahl getroffen werden können; denn es gibt dieselbe der Hoffnung Raum, daß auch die neue Regierung im Geiste ihres Präsidenten handeln und die öffentlichen Angelegenheiten des Kantons mehr gemäß den Grundfätzen der Billigkeit und Gerechtigkeit, als nach Parteirücksichten leiten werde.

Italien.

Rom, 9. Dez. (Köln. Z.) Die im Mittelalter und zum Beginn der Neuzeit von Deutschen und Holländern im Reichsverbande, nicht ohne Antheil der Schweizer, zu Rom gegründeten milden Stiftungen gehören zu den schönsten Denkmälern edlen nationalen Sinnes in der Liebe und Sorge, bedürftigen Landesleuten in dieser Fremde geistige und leibliche Pflege zu bereiten.

Nur ihrer drei haben durch die Wechselfälle der Zeiten hindurch das 19. Jahrhundert erlebt, während die übrigen spurlos verschwanden oder doch für die deutsche Nation abhanden gekommen sind. Die erste ist die alte deutsche katholische Nationalkirche Santa Maria dell' Anima mit einem Männerhospiz, beide von Johann van den Steen zwischen 1500 und 1519 gestiftet und vollendet. Karl's V. Lehrer, Pabst Hadrian VI., liegt in der Kirche bestattet. Jetzt ist sie mit dem Hospiz österreichisches Besitztum. Ihr Stiftungsfonds rentirte sonst die jährliche Summe von 80,000 Scudi; jetzt sind es nur noch 14,000.

Die andere ist das Ospedale di Santa Elisabetta dei fornaritabeschi (das Hospiz der deutschen Beder), durch mangelhafte Verwaltung jetzt mehr von Italienern als Deutschen benützt. Das Pflegehaus war besonders von Innocenz VIII. mit Privilegien reich dotirt.

Die dritte ist das Campo santo neben der St. Peters-Basilica, eine Stiftung des früheren Mittelalters. Auch sie war auf dem Wege, ein italienisches Besitztum zu werden; ihre ansehnlichen Einkünfte sind bis auf die jährliche Rente von 4000 fl. zusammen geschmolzen. Sie würde noch mehr heruntergekommen seyn, fänden sich nicht in diesem Augenblicke mehrere Webermänner hier, welche ohne Scheu und kleinliche Rücksicht ein freies Wort zu rechter Zeit zu sprechen wissen. Sie veranlaßten Pius IX. zu einer Verwaltungsrevision der Stiftung. Das erfreuliche Resultat derselben war die völlige Zurückgabe des Instituts (Friedhof, Kirche, und Frauenhospiz) als freies Eigenthum an die Deutschen, so wie die Einsetzung eines aus sechzehn deutschen Ehrenmännern zusammengesetzten Verwaltungsrathes, der seine Verhandlungen künftighin nicht mehr in italienischer Sprache zu führen braucht, sondern sie in deutschen Protokollen niederlegen darf. Noch vor kurzem präsidirten hier Italiener, und in Folge dessen mußte man sich über deutsche Interessen in Rom im italienischen Idiom mit jenen Fremden verständigen. Unlängst erfolgte die feierliche Uebergabe der Stiftung.

Frankreich.

† Paris, 19. Dez. Das Journal des Debats erklärt heute, daß das Ministerium abtreten werde, wenn Hr. Sanzet nicht zum Präsidenten erwählt würde.

Ein Mann, dessen redlicher Charakter inmitten einer Epoche, deren Stichwort die Ehrlichkeit eben nicht zu seyn scheint, fast sprichwörtlich in Paris ist, der legitimitische Deputirte v. Laroche-Jacquelein stand heute vor dem hiesigen Zuchtpolizeigericht, um sich gegen eine Anschuldigung der „Presterei“ zu rechtfertigen. Um nicht unnützer Weise die Leser in Erwartung eines neuen Skandals zu lassen, erklären wir von vorn herein, daß Hr. v. Laroche-Jacquelein

unschuldig ist, und glänzend freigesprochen wurde. In möglichster Kürze ist aber die Sache die: Hr. v. L. J. hatte in den noch unbewohnten Theilen um die Nordbahnhöfe bedeutende Territorien gekauft, in der Erwartung, daß dieselben in den nächsten Jahren wegen des großen Kommunikationsmittels sehr an Werth gewinnen müßten. Allein konnte er jedoch den Kaufpreis für diese Territorien nicht aufbringen, und er beschloß daher, eine Aktiengesellschaft zu gründen, deren Spekulationsfundus die angekauften Grundstücke seyn sollten. Dies geschah; es wurden viele Aktien eingezahlt, und um sie zu heben, machte man an der Börse ganz dieselben unschönen Experimente, wie bei andern Aktiengesellschaften. Ein gewisser Rentner Lavelle kaufte für 28,000 Fr. von diesen Aktien, fand aber sehr bald, daß er ein schlechtes Geschäft gemacht, und daß sich die Hoffnungen auf einen Gewinn aus dem wachsenden Werthe der Grundstücke um die Nordbahn nicht verwirklichten. Statt, wie es nun so Manchem geht, zu denken, er habe eine schlechte Spekulation gemacht, verflachte er Hr. L. Jacquelein, als ob er geprellt worden sey.

Zu den Tagesneuigkeiten gehört, daß der alte Kanzler Pasquier sich noch einmal vermählen will, und zwar mit der verwittweten Fürstin Soubise. Diese Verbindung, die übrigens nur eine Vernunftsheirat ist, macht überall großes Aufsehen, und der König soll dem Kanzler lachend gesagt haben: „Lieber Herzog! wenn ich noch so lange lebe, so hebe ich Ihnen das erste Kind aus der Taufe.“ Die spanische Gesandtschaft zeigt heute im Moniteur an, daß die Interessen des mit 31. Dezember ablaufenden Semesters der auswärtigen 3% Staatsschuld in London und Paris bei den betreffenden Kommissären zur Auszahlung bereit liegen.

△ Paris, 19. Dez. Der Stand des Geldmarktes zeigt, daß ich Recht hatte, als ich in meinem letzten Berichte darüber die Besorgnisse Derjenigen, welche in ihrem panischen Schrecken über die Zahlungseinforderungen an die Aktionäre der Nordbahn und einiger andern Bahnen schon wieder eine neue Geldkrise hier vor der Thüre sahen, als übertrieben bezeichnete. Der Schrecken ist vorüber, das einen Augenblick wieder erschütterte gewesene Vertrauen stellt sich wieder ein, und die Staatspapiere heben sich wieder, so wie die Eisenbahn-Aktien.

Ein Blick auf die allgemeine Lage rechtfertigt vollkommen diese Rückkehr zum Bessern. Die baaren Vorräthe der Bank von England mehren sich mit jeder Woche, die Fallimente in England haben nicht die schlimmen Nachrichten in Amerika und Ostindien in solchem Maße zur Folge gehabt, als man sie befürchtet hatte; die englische Bank hat ihren Diskontozins bereits von 8 auf 6 Prozent herabgesetzt, wird denselben unverweilt auf 5 herabsetzen, und die Bank von Frankreich wird nicht säumen, den ihrigen dann auch wieder auf 4 Prozent herabzusetzen. Kommt es dazu noch vor Jahreschluß, so wird Dies sehr günstig auf die große Abrechnung in Handel und Industrie zu dieser Zeit einwirken, und das Geld wieder reichlich flüssig werden.

Man sprach so viel von den in nächster Zeit zu leistenden Einzahlungen an die Eisenbahn-Gesellschaften, und allerdings werden diese an 100 Millionen und darüber in Anspruch nehmen. Aber man vergaß dabei die andere Seite der Sache, daß nämlich ungefähr um dieselbe Zeit die Kapitalisten und Rentner, welche in den ersten Monaten des Jahres 1848 so starke Summen zu bezahlen haben werden, auch sehr starke, ja noch weit stärkere zu empfangen haben. Im Dezember wurde die Dividende der 3% Schuldtitel vertheilt mit 32,575,000 im Ganzen; im Januar werden fällig und bezahlt die Zinsen an die Aktionäre der Nordbahn mit 2 Millionen, der Bahn von Orleans mit 600,000 Fr., von Straßburg mit 1 Million, der Bank von Frankreich mit 6,790,000 Fr.; im Februar die Dividende von Rouen mit 1,800,000 Fr., die Zinsen der Bahn von Marseille mit 400,000 Fr., die Dividende von Bordeaux mit 600,000 Fr.; im März die Dividende der 5% Schuld mit 73,375,000 Fr., der 4% Schuld mit 13,250,000 Fr., der 4 1/2% mit 510,000 Fr.; im April die Dividende von Orleans mit 4 Millionen und die Dividende der Nordbahn gleichfalls mit 4 Millionen; zusammen 140,900,000 Fr. Und diese Angaben sind nur annäherungsweise genommen, für die Dividenden der großen Bahnen sind die niedrigsten Ansätze gemacht, die der Bahnen zweiten Ranges, die der Stadtobligationen von Paris u. ganz übergangen, und die Gesamtsumme der wieder in die Hände der Kapitalisten und Rentner fließenden Gelder wird in der That über 150 Millionen betragen.

Unter solchen Umständen verliert die Einzahlung für die Eisenbahnen ganz ihren erschreckenden Charakter, und es erklärt sich, daß die Fonds und Aktien wieder im Steigen sind.

□ Paris, 20. Dez. Die Marseller Blätter vom 17. bringen aus Malta vom 15. die Nachricht von dem Ausbruch eines Aufstandes in Griechenland, an dessen Spitze Orivas zu stehen scheint. Nach den Berichten, welche das englische Dampfschiff Flamer von Korfu nach Malta überbrachte, war die Empörung zu Patras ausgebrochen, und Volk und Besatzung lagen im offenen Kampfe miteinander. Man sprach von zahlreichen Töden und Verwundeten, ohne daß man jedoch sagte, auf welcher Seite die Oberhand war; doch soll der Gouverneur von Patras, wahrscheinlich durch Ueberfall, als Gefangener in den Händen der Aufständischen sich befinden. Alle näheren Angaben fehlen noch. Die vorstehenden wurden durch das Dampfschiff Ardent, mit welchem die indische Ueberlandpost befordert wurde, von Malta nach Marseille überbracht, und an Bord desselben Schiffes befand sich ein Bote mit Depeschen für die englische Regierung in Betreff der Vorfälle in Griechenland, und mit dem Befehle, so schnell als nur immer möglich diese Depeschen an ihre Bestimmung zu bringen.

Man darf nicht übersehen, daß alle diese Nachrichten aus englischer Quelle kommen, die, was die griechischen Verhält-

nisse anbelangt, als eine sehr partielle betrachtet werden muß. Ohne Zweifel werden Sie bald auch durch Nachrichten auf direktem Wege über Triest nähere Aufklärung über den wahren Sachverhalt empfangen. Nach den Ränken, welche die englische Politik in Griechenland schon seit Jahren gesponnen, nach der fast ganz offenen Unterstützung, die sie allen auf Umsturz der gegenwärtigen Ordnung der Dinge gerichteten Plänen und Unternehmungen, namentlich auch denen des Generals Orivas gewährt hat, den man als das Oberhaupt und die Seele der jetzigen Bewegung zu Patras bezeichnet, ist man hier geneigt, zu glauben, daß sie auch bei dieser die Hand im Spiele gehabt habe.

Vermischte Nachrichten.

— Nil novi sub sole, heißt es in einem Artikel der Allgemeinen Zeitung. Selbst die scheinbar so ganz moderne Liebhaberei am Genuß von Pferdefleisch ist nichts Neues, vielmehr scheint sich darin bei dem deutschen Volke wieder ein uraltes heidnisches Gefühl hervorzuwürgen, welches sogleich bei der ersten Einführung des Christenthums in unsern Gauen mit aller Entschiedenheit und, wie die Folge lehrt, auch siegreich bekämpft wurde, jetzt aber mit aller Gewalt sich wieder geltend zu machen sucht; es wäre zu erwägen, ob es nicht mit andern antichristlichen Bestrebungen der Gegenwart in bedenklichem Zusammenhang steht! Bonifacius wenigstens, der Apostel der Deutschen, hatte sich über unsere pferdeessenden Vorfahren bei Pabst Gregor III. (731-741) bitter beklagt, und der heilige Vater antwortete ihm in einem Briefe, der uns in der Sammlung der Briefe des Bonifacius erhalten ist, und worin es heißt: „Unter Anderm hast du beigefügt, daß Viele das wilde Pferd essen, die Meisten auch das zahme. Das darfst du, heiligster Bruder, ferner durchaus nicht geschehen lassen, vielmehr mußt du ihm mit Christi Beistand auf jede mögliche Weise steuern, und ihnen gehörige Buße auferlegen. Denn es ist unrein und verdammt!“ In gleichem Sinne schrieb später Pabst Zacharias (741-752) an Bonifacius, in demselben Briefe, welcher die Anweisung über den Genuß gefochten und rohen Speckes enthält: „Auch war in dem von ihnen (des Bonifacius Abgesandten) überreichten Zeilel keine Bitte an uns enthalten, dir anzugeben, was zuzulassen und was zurückzuweisen ist, besonders in Abticht auf Geflügel, d. h. Dohlen, Krähen, Störche, welche durchaus vom Essen der Christen ferngehalten sind; auch Biber und Hasen, und wilde Pferde sind noch vielmehr zu meiden.“ — Merkwürdiger Weise fehlt in einigen Handschriften das „fibri et lepores“, offenbar weil die geistlichen Herren den Hasenbraten, und besonders den ledern Bibereschwanz, der in der Fastenzeit als ein unschuldiges Fischgericht galt, für unentbehrlicher, als das Pferdefleisch hielten.“

— Eine amerikanische Zeitung enthielt kürzlich folgende Anzeige: „Dankeagungs-Bureau. Ärzte, welchen es zu viele Mühe macht, sich selbst die Dankeagungen für von ihnen angeheilt gebliebene Krankheiten aufzusetzen, können sich gegen ein Billiges bei uns in der Art abonniren, daß, ohne ihr Zutun, monatlich eine oder mehrere Dankeagungen für jede beliebige von ihnen geheilte Krankheit in unserer Zeitung eingerückt werden. Als Dankeagende pflegen wir bereits Bestrebene zu wählen, weil diese der Wahrheit der Sache nicht widersprechen können.“

— Aus dem Schreiben eines in Uri stationirten Offiziers theilt die Berner Zeitung folgende Anekdote mit: „Zu Neuenkirch, Kantons Luzern, wo ein Theil unserer Offiziere in Abwesenheit des Pfarrers einquartirt war, beschwerte sich die etwas geizige Köchin (sie war, im Vorbeigehen gesagt, kanonisch) über den Mangel an Wein; es sey, sagte sie, nur noch ein Fäßchen im Keller, das zudem noch nicht angehoben sey. Ein Offizier, ich glaube der lange Peter von Zephor, erwiderte, er wolle es schon ansehen, er sey Küfer. Sie, nicht faul, ripostirte: es waren vorhin zwei Scharffschützen hier, die das Fäßchen ansehen wollten; „eisch, glaubt, Alles Spüßer sey.“

Bei der Expedition der Karlsruher Zeitung eingegangen für die Winterblenden des verunglückten Schiffers Franz Schmitt von Sasmerheim am Neckar bis zum 22. d. M. 4 fl. 42 fr. Ferner von L. B. S. 2 fl. 42 fr.; G. 1 fl.; D. B. 1 fl.; M. B. 30 fr. Zusammen 9 fl. 54 fr.

Frankfurter Kurszettel. Diverse Aktien.

Den 21. Dezember.			
	Prz.	Brief.	Geld.
Friedrich Wilh. Nordbahn	62	61 1/2	
Ludwigshafen-Verbad	89 1/2	89 1/4	
Bereins-Dblig.-Loose à 10 fl.	9 1/4	9 1/8	
Dampfschiffschiffahrts-Aktien			135
Deutsche Phönix-Aktien	3	101	
ditto Lebensversicherungs-Aktien	3	102	
Köln-Nachen		84	
R. R. Ferd. Bahn			
Wien-Vienna			
Mailand-Venedig			
Köln-Minden		96 1/4	96 1/8

Geldkurs.

Gold.		Silber.	
fl.	fr.	fl.	fr.
Neue Louisdor	11 5	Laubthaler, ganze	2 43
Friedrichsdor	9 47	ditto halbe	1 16
Preussische ditto	9 54 1/2	Preuss. Thaler	1 44 1/2
Holl. 10 fl. Stücke	10	ditto in Scheinen	1 44 3/4
Dufaten	5 37	Rheinfrankenthaler	2 21
20-Frankenstücke	9 32 1/2	Silber, hochhaltig	24 24
Engl. Sovereigns	12 4	ditto gering und mittelhaltig	24 18
Gold al Marco	351		

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Am 21., 22. Dezember.	Abends 9 U.	Morg. 7 U.	Mitt. 2 U.
Lufdruck red. auf 10° R.	27° 6.9	27° 7.9	27° 8.3
Temperatur nach Reaumur	-1.4	-3.4	-0.5
Feuchtigkeit nach Prozenten	0.78	0.76	0.75
Wind und Stärke (4=Sturm)	ND ¹	ND ¹	ND ¹
Bewölkung nach Zehnteln	1.0	0.8	0.8
Niederschlag Par. Kub. Zoll	—	—	—
Verdunstung Par. Zoll Höhe	—	—	—
Dunstdruck Par. Lin.	1.4	1.1	1.5
21. Dezember.	trüb.	durchbrochen	durchbrochen
Therm. min.	-4.6		
max.	-1.0		
med.	-2.3		

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Giesne.

